

53. Sicherheitspolitische Informationstagung der Clausewitzgesellschaft e.V.

Panel 2: „Verteidigungspolitische, militärstrategische und innenpolitische Herausforderungen im Zeitalter digitaler Verwundbarkeit und hybrider Bedrohungen: Brauchen wir einen neuen Ansatz für Gesamtverteidigung?“

Eingangsstatement Ministerialrat Volker Amler

Schutz Kritischer Infrastrukturen ist gleich Objektschutz?

Nicht immer sind die als KRITIS identifizierten Anlagen und Einrichtungen mit dem gleich zusetzen, was auf der Basis der Objekterfassungsrichtlinie von 1979 seinerzeit auf gemeinsamen Listen von Ländern und Bundeswehrkommandos erfasst wurde (werden sollte?) Früher war der zivilmilitärische Bezug mehr im Vordergrund, heute ist es nach allgemeiner KRITIS-Definition die Versorgung der Bevölkerung und die Vermeidung erheblicher Störungen der öffentlichen Sicherheit. Die aktuell laufende Erneuerung der Richtlinie ist gerade in der Phase der Länderabstimmung, Schwellenwerte und Priorisierungsansätze werden diskutiert. Dabei ist der Entwurf vorabgestimmt zwischen BMI und BMVg, obwohl dessen ungeachtet im Hintergrund die Sichtweise der Bundeswehr meist eine andere ist: Danach ist alles KRITIS, was unter militärischen Gesichtspunkten funktionieren bzw. verfügbar sein muss (soll).

Objektschutz mit wem?

Auf der Grundlage der Objektschutzrichtlinie von 1997 wurde noch aus dem Vollen geschöpft: Als Erstes sollte im Spannungs- und Verteidigungsfall der Bundesgrenzschutz (BGS) von der Grenze zurückgezogen und durch Bundeswehr ersetzt werden. Mit der Einberufung der Reserve wären dann die Heimatschutzkommandos aufgestellt worden, deren Einheiten vielfach schon konkreten Schutzobjekten zugewiesen waren. Der BGS hätte dann wieder den Länderpolizeien als Unterstützung für polizeiliche Aufgaben zur Verfügung gestanden.

Und heute: Die Bundespolizei als Rechtsnachfolger des BGS hat polizeiliche Hauptaufgaben gerade auch in einer Krisensituation, Objektschutz wird - wenn überhaupt - kaum über die heutigen Aufgabenbereiche wie Flughäfen, Bahnhöfe und einige ausgewählte Ministerien hinaus möglich sein. Die Bundeswehr hat nur noch die Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte (RSU). Diese sollen zwar zu sogenannten Landesregimentern ausgebaut werden. Aber stehen dann die jeweils erforderlichen bis zu 1000 Reservisten tatsächlich zur Verfügung?

Schutzobjekte reduzieren?

Kann es eine Lösung sein, die Identifizierungs- und Priorisierungsmaßstäbe für zu schützende KRITIS (Objekte) an den realen Schutzmöglichkeiten (-kapazitäten) zu orientieren? In gewissem Rahmen wird es Sinn machen, auch nur die versorgungs- und militärisch

relevanteren Anlagen und Einrichtungen aufzulisten, also die „Schwellenwerte hoch zu hängen“. Andererseits sind alternative Varianten auszuloten. Ein Aufstocken der personellen Ressourcen über eine Dienstpflicht wird - vielfach allerdings ablehnend - diskutiert. Die Betreiber ggf. gesetzlich zu verpflichten, ihre Objekte nicht nur im zivilen Krisenfall (Blackout!) sondern auch im Spannungs- und Verteidigungsfall eigenverantwortlich zu schützen, führt zwingend zur Frage des Einsatzes privater Sicherheitsdienste inklusive Bewaffnungsproblematik und dem - übrigens auch bei der Bundespolizei fehlenden - Kombattantenstatus. Bleiben die Möglichkeiten baulich-technischer Härtung unterstützt durch KI bzw. überhaupt „autonomer künstlicher Abwehrkräfte“. Die Entwicklung ist in vollem Gange.

Folgerichtig Gesamtverteidigung neu denken?

Ist es überhaupt der richtige Ansatz, die Instrumente aus den Zeiten des kalten Krieges - nicht nur Objektschutz, sondern auch die Regelungsbereiche der Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze - durch „Aktualisierung“ in die heutige und zukünftige Zeit mit all ihren gewaltigen Umbrüchen und Weiterentwicklungen zu überführen? Werden es nicht vielmehr überwiegend Cyberattacken und hybride Vorgehensweisen sein, denen mit umfangreichem Personaleinsatz ohnehin nicht beizukommen wäre? Nicht von ungefähr hat die Bundeswehr mit dem Kommando CIR eine vierte Teilstreitkraft ins Leben gerufen und das BMI betreibt ergänzend ein Cyberabwehrzentrum, das zz. noch weiter ausgebaut/optimiert wird. Es müssen Antworten und Lösungen gefunden werden, wie auf künftige Bedrohungsszenarien realistisch und verhältnismäßig reagiert werden soll. Denn es fehlen ja nicht nur die personellen Ressourcen, es fehlt im militärischen und zivilen Verteidigungsbereich auch an gehörigen finanziellen Mitteln. Vielfach mangelt es aber auch am politischen Willen und in der breiten Bevölkerung schlichtweg auch am Interesse, bekannten und sich ankündigenden Risiken entgegenzutreten bzw. gar eigene Opfer zu bringen oder auch nur Vorsorge zu treffen.

Aber was, wenn es doch anders kommt? Katastrophe, Blackout, konventioneller Krieg? Sind die Erwartungen an die Handlungsfähigkeit des Staates dann nicht doch die alten?